

6./XI. 1915

Die griechische Kabinettskrise.

Die letzte Kammerdebatte.

Berlin, 5. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Morning Post“ meldet aus Athen über den Zwischenfall in der Kammer: Es entstand zwischen dem Kriegsminister und den Abgeordneten verschiedener Parteien eine lebhaft diskutierte über die Bewilligung höherer Offiziersgagen. Eine unparlamentarische Aeußerung eines Beniselisten, der sich jedoch sofort entschuldigte, was der Kriegsminister überhört hatte, war die Ursache, daß der Kriegsminister seine Altkarte ergriff und den Saalverließ.

Darauf zogen sich auch die übrigen Minister zur Beratung zurück. Als die Sitzung wieder aufgenommen wurde, verlangte Beniselos, daß sich der Kriegsminister zu entschuldigen habe, weil sein Verlassen des Saales eine Mißachtung des Parlaments bedeute.

Zaimis verlas darauf einen Beschluß des Kabinetts, worin eine Entschuldigung des Kriegsministers abgelehnt wurde. Er erklärte sodann, daß die Regierung die Vertrauensfrage stelle.

Beniselos erwiderte darauf, daß die auswärtige Politik der Regierung es der Majorität verbiete, dem Kabinett ein Vertrauensvotum zu geben. Er bedaure, daß Griechenland es mitansehen müsse, wie Serbien durch Bulgarien zerschmettert werde. Bulgarien sei der Erbfeind Griechenlands und würde sich später auf Griechenland werfen. Weiter führte er als Antwort auf eine Frage aus, daß er den König nicht in die Debatte ziehen werde, denn er trage keinen Teil einer Verantwortung in einer konstitutionellen Monarchie und kein König könne zur Verantwortung gezogen werden. Die griechische Regierung sei eine demokratische, repräsentiert vom König, und die Verantwortung ruhe auf der Volksvertretung. Wenn man ein absolutistisches Regime wünsche, solle man das sagen und die nötigen Maßnahmen treffen. Er sei überzeugt, daß das Land die Verfassung aufrechterhalten werde. Er gestehe dem König das Recht zu, anderer Meinung zu sein als die verantwortliche Regierung, wenn er glaube, daß die Regierungspolitik nicht mit dem Willen des Volkes übereinstimme. Nach den letzten Wahlen könne das aber nicht in Frage kommen und der König habe nicht das Recht, auf seiner gegensätzlichen Meinung zu bestehen. Das sei keine konstitutionelle Rechtsfrage. Wir wissen, sagte Beniselos, daß der König ein guter General ist, aber er ist nicht ein ebenso erfahrener Politiker. Ich habe den Anträgen des jetzigen

Kabinetts zugestimmt, weil man durch das Vorgehen der Krone auf einen toten Punkt gelangt war und die Neuwahl jetzt unmöglich ist. Sie hielten, so rief Beniselos den Ministern zu, das vorschnell für eine Billigung einer Politik, anstatt Neuwahlen auszuschreiben. Ihr würdet besser tun, die Verfassung außer Kraft zu setzen, damit wir wissen, wer die Verantwortung trägt, damit die Verfassung und der Wille des Volkes nicht verletzt werden durch die Mißachtung der konstitutionellen Form.

Berlin, 5. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Times“ vernehmen, Sunaris habe in der Debatte erklärt, daß die Verfassung dem König das Recht gebe, die Regierungspolitik zu mißbilligen, und daß Sunaris die Weigerung des Kabinetts, Serbien Hilfe zu leisten, für gerechtfertigt hält.

Weiter vernehmen die „Times“, daß Beniselos in einem anderen Teil seiner Rede, der sehr viel beachtet wurde, erklärte, daß das Angebot Cyperns von Seiten Englands von einem bestimmten Ausgange des Krieges unabhängig sei, während dagegen die Konzessionen der Gegner Englands abhängig von dem Siege der Zentralmächte seien. Griechenland solle einen Teil des Wilajets Brussa und Bulgarisch-Thrazien erhalten. Bulgarien wäre noch vor dem Frieden in die alten Grenzen zurückgebracht worden. Griechenland würde das alles für einen geringfügigen Preis erhalten. Man dürfe nicht als Grund für Griechenlands Weigerung, Serbien Hilfe zu leisten, anführen, daß Serbien nicht die bedingenen 150.000 Mann gegen Bulgarien ins Feld stellen könne. Hätte Griechenland sofort gegen Bulgarien den Krieg eröffnet, so würde die griechische Armee jetzt vor Sofia stehen und Serbien imstande sein, den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen Widerstand zu leisten, denn die Streitkräfte der Zentralmächte seien gering.

Die „Times“ fügen hinzu, daß Beniselos nicht wieder zur Regierung gelangen werde, weil Griechenland dann seine Neutralität aufgeben müßte. Es verlautet, daß Sunaris oder Hallis die beste Aussicht haben, zur Regierung zu kommen.

K. Athen, 4. November. Die Frage der Erhöhung der Offiziersgehälter während der Mobilmachung bildete den Gegenstand der Kammerdebatte in der heutigen Nacht.

Eine Rede Beniselos', welcher unter heftigen Angriffen auf die Regierung für das Eingreifen Griechenlands in den Weltkrieg an der Seite der Entente eintrat, wobei er unter anderem behauptete, das Kabinett Zaimis wolle den Absolutismus einführen, führte zu erregten Auseinandersetzungen beider Parteien, die damit endeten, daß die Regierung um 4 Uhr früh die Vertrauensfrage stellte.

Sie erhielt 114 Stimmen, die Opposition 147 bei drei Stimmenthaltungen. Die Kammer ist vertagt worden.

Berlin, 5. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Reuter berichtet aus Athen: Die direkte Veranlassung zur Kabinettskrise gab eine Bemerkung des Kriegsministers Janakisa, die Beniselos als Beleidigung des Parlamentes bezeichnete und für die er eine sofortige Entschuldigung des Ministers verlangte. Hierauf erklärte der Ministerpräsident, die Regierung fühle sich mit Janakisa solidarisch und verlangte das Vertrauensvotum, das für die Regierung, wie bekannt, eine Minderheit von 33 Stimmen ergab.

Berlin, 5. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Times“ melden aus Athen: Nachdem der Ministerpräsident das Vertrauensvotum verlangt hatte, antwortete Beniselos mit einem Angriff auf die auswärtige Politik der Regierung und bedauerte, daß Griechenland dem Erbfeind Bulgarien gestatte, Serbien zu vernichten und daß später Griechenland an die Reihe kommen wird. Ein Abgeordneter warf Beniselos vor, er habe an der Vaterlandsliebe des Königs gezweifelt. Beniselos antwortete: In einem konstitutionellen Staat könne keine königliche Politik gemacht werden. Es wäre besser, neue Wahlen auszuschreiben, als die Verfassung während des Krieges aufzuheben, damit deutlich gezeigt werde, wo die Verantwortlichkeit sei. In der darauffolgenden langen Debatte verfocht Sunaris die Rechte des Königs, anderer Meinung zu sein, als die Regierung.